

Grosser Rat lässt den Bankrat der Kantonalbank schrumpfen

Trotz Widerstand aus Kreisen der CVP hat der Grosse Rat gestern beschlossen, die Zahl der Sitze im Bankrat der Graubündner Kantonalbank von elf auf sieben zu reduzieren. Und Wahlbehörde ist neu die Bündner Regierung.

Von Dario Morandi

Chur. – Bereits im Vorfeld der Debatte über die Teilrevision des Gesetzes über die Graubündner Kantonalbank (GKB) war eines klar: Die Vorlage wird im Grossen Rat einiges zu reden geben. Und so war es denn auch: Die Vorschläge von Regierung und Kommission, den Bankrat von bisher elf auf sieben Mitglieder zu verkleinern sowie neu die Regierung als Wahlbehörde für den Bankrat einzusetzen (bisher war es der Grosse Rat), sorgte gestern für eine mehr als dreistündige Debatte über die Finanzmarktkrise im Allgemeinen und die strategische Führung der GKB im Besonderen.

In ausgezeichnetem Zustand

Widerstand gegen die Teilrevision kam von der CVP, deren Fraktionschef Mario Cavigelli die Vorlage in seiner Eigenschaft als Kommissionspräsident pikanterweise im Sinne von Kommission und Regierung vertreten musste. «Widerstandskämpfer» waren die Grossräte Vitus Dermont und Reto Loeffle sowie CVP-Kantonalpräsidentin Elita Florin-Caluori. Für sie war weder die Verkleinerung des Bankrates noch die Abtretung des Wahlrechts ein Thema. Die GKB befindet sich in ausgezeichnetem Zustand und er sehe deshalb keinen Anlass, das bestehende System zu ändern, argumentierte Dermont.

Auf der Regierungsbank sah man das freilich anders. Mit der Teilrevision des Kantonalbankengesetzes wer-



Fraktion ist anderer Meinung: CVP-Grossrat Mario Cavigelli muss als Kommissionspräsident die Teilrevision des Kantonalbankengesetzes gegen den Willen seiner Partei im Parlament durchboxen. Bild Marco Hartmann

de die Bank bestmöglichst ausgerichtet, sagte Regierungsrat Martin Schmid. Sieben Bankratsmitglieder könnten besser und enger eingebunden werden. Zudem müssten diese sich angesichts der hohen regulatorischen Vorgaben wesentlich stärker als früher auf ihr Mandat konzentrieren, erklärte der Finanzminister. Und er listete auch gleich die Vorteile auf, wenn die Regierung anstatt wie bisher der Grosse Rat als Wahlbehörde auftritt. Ein kleines Wahlgremium könne beispielsweise die Qualität eines Kandidaten besser beurteilen und bei Nachfolgeregelungen mehr Gesichtspunkte einbringen. Schmid versuchte

auch Bedenken aus der Ratsmitte zu zerstreuen, im verkleinerten Bankrat würden bald nur Fachexperten Platz finden. Es würden auch weiterhin Vertreter aus den Talschaften im Bankrat sitzen, versicherte Schmid.

Breite Zustimmung feststellbar

Kritische Voten waren aber auch abseits der CVP-Ränge zu hören. So etwa vom Davoser FDP-Landammann Hans Peter Michel. Die Wahl der Bankräte durch die Regierung werde ebenfalls nicht frei von politischen Einflüssen sei, gab er zu bedenken. Und Rico Stiffler (SVP, Davos) ortete bei sich gar «ein ungutes Gefühl, weil

die Regierung schon wieder etwas an sich reisst». Sonst aber war bei SVP und FDP breite Zustimmung auszumachen. Das galt auch für die SP: Die Regierung sei das richtige Wahlgremium, meinte der Domleschger Johannes Pfenninger. Denn im Parlament seien die Bankratswahlen bisher «von Zufälligkeiten und Parteiräson» geprägt gewesen.

Die Vorlage passierte den Rat in der Schlussabstimmung mit 79:29 Stimmen dann auch ganz im Sinne von Regierung und Kommission. Alle Abänderungsanträge, die auf den Erhalt des Staus quo abzielten, wurden abgelehnt. KOMMENTAR 5. SPALTE

Hatz: «Zentraler Punkt ist die Persönlichkeit»

Der Graubündner Kantonalbank (GKB) ist auch nach den gestrigen Entscheidungen des Grossen Rates die Verankerung in der Bevölkerung wichtig. Das sagte Bankpräsident Hans Hatz im Gespräch mit der «Südostschweiz».

Mit Hans Hatz sprach Peter Simmen

Herr Hatz, Sie haben die gesamte Debatte des Grossen Rates zur Teilrevision des Kantonalbankengesetzes auf der Tribüne mitverfolgt. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Hans Hatz: Ja, ich bin zufrieden. Der Bankrat selber hatte die Initiative ergriffen, um eine Revision zu bewirken. In den wesentlichen Punkten ist diese so ausgefallen, wie wir sie uns vorgestellt haben.

Was heisst das konkret?

Hatz: Wir hatten eine Reduktion der Zahl der Bankratsmitglieder auf neun vorgeschlagen. Obs nun neun oder sieben sind, wie vom Grossen Rat beschlossen, ist letztlich eine Ermessensfrage. Auch mit sieben Mitgliedern ist die Arbeit problemlos zu bewältigen.

Ist das die wichtigste Änderung?

Hatz: Die wichtigste Änderung besteht darin, dass die Wahlkompetenz vom Grossen Rat zur Regierung übergeht. Wir wollten uns im Entscheidungsprozess zu dieser Frage nicht äussern. Es liegt nicht am Bankrat zu

sagen, wen er sich als Wahlgremium wünscht. Jetzt ist die Frage entschieden, und der getroffene Entscheid ist sicher ein guter Entscheid.

Im Rat wurden Befürchtungen laut, wonach die Verankerung der Bank in den Regionen durch die Änderungen gefährdet sein könnte.

Hatz: Wir brauchen nicht nur eine regionale Verankerung, sondern eine Verankerung in der ganzen Bevölkerung. Entscheidend ist letztlich nicht, dass alle möglichen Gruppierungen und Interessensvertretungen unmittelbar im Bankrat vertreten sind. Wichtig ist vielmehr, dass die unter-

schiedlichen Stimmen vom Bankrat sensibel wahrgenommen werden. Darum braucht es hier Vertreter, die mit dem Kanton verbunden sind und die die Vielfalt und die Besonderheiten des Kantons bestens kennen.

Ist aufgrund der Verkleinerung des Gremiums neu die Fachkompetenz der entscheidende Punkt für einen Bankrat?

Hatz: Fachkompetenz allein reicht nicht, es braucht eine starke Verbundenheit mit dem eigentlichen Marktgebiet. Zentraler Punkt ist die Persönlichkeit der Kandidaten. Ein Bankrat muss bereit sein, sich die erforderliche Zeit zu nehmen und alles aufzugeben, was zu Interessenskonflikten führen könnte bei der Amtsausübung.

«Fachkompetenz allein reicht nicht aus.»

Wie stehts mit dem Fachwissen?

Hatz: Zentral ist eine fundierte Grundausbildung, damit jemand als Bankrat in der Lage ist, die richtigen Fragen zu stellen und Vorlagen mit gesundem Sachverstand zu beurteilen. Die Fachrichtung selbst ist sekundär, wenn jemand gewillt ist, sich so weiterzubilden, dass er die Besonderheiten des Bankgeschäfts versteht.

Sie wurden im Grossen Rat mit einer

Aussage zitiert, wonach die Diskussionen um die Einsitznahme der SP im Bankrat und die damit verbundenen Querelen bei den Bankratswahlen der Bank geschadet hätten.

Hatz: Diese Diskussionen dürften entscheidend dafür gewesen sein, dass die Wahlkompetenz auf die Regierung übertragen worden ist. Der Rat hat in Vergangenheit bei Wahlgeschäften eine schlechte Figur gemacht, und das hatte indirekt Ausstrahlungen auf die Bank.

Wie hat sich das geäussert?

Hatz: In Reaktionen von Kunden. Für die GKB war die Situation sicher nicht bedrohlich, aber die Diskussionen beschäftigten unsere Kunden, das war spürbar. Selbst bei Personen, die der SP nicht nahe stehen, haben die Diskussionen nicht gerade einen optimalen Eindruck hinterlassen.

Die Diskussionen sind nun vorbei.

Hatz: Das ist zu hoffen. Es liegt nun an der Regierung als Wahlbehörde zu zeigen, dass sie auf die Herausforderung eine kompetente Antwort findet.

Es wurden auch Befürchtungen laut, dass es mit einem weniger nach Regionen ausgerichteten Bankrat viel eher zu Filialschliessungen kommen könnte.

Hatz: Die Bedenken sind nicht berechtigt. Entscheidend sind die Kundenbedürfnisse. Wo diese vorhanden sind, werden sicher keine Filialen abgebaut. Aber wir können nicht eine Struktur erhalten, die nicht mehr benötigt wird.

KOMMENTAR

DAS HAUEN UND STECHEN HAT EIN ENDE

Von Dario Morandi

Der Entscheid des Grossen Rates, die Wahlkompetenz für den Bankrat der Graubündner Kantonalbank (GKB) an die Regierung zu delegieren, ist richtig. Denn damit wird auch eine politische Untugend ausgemerzt, die in der Öffentlichkeit zunehmend als stossend empfunden wird. Es geht dabei um das unsägliche Hauen und Stechen, das die Parteien jeweils bei der Neubesetzung von Bankratsitzen veranstalten. Dazu gehört auch die Machtpolitik des Bürgerblocks, der seit Jahren erfolgreich verhindert, dass die Sozialdemokraten eine oder einen der Ihren in den Bankrat entsenden können. Dieses Trauerspiel hat nun zumindest auf parlamentarischer Bühne endlich ein Ende.

Die Bankratswahlen laufen künftig diskret im Sitzungssaal der Regierung ab. Damit wird auch eine gewisse Gewähr gegeben, dass vermehrt Leute im Bankrat installiert werden können, die tatsächlich etwas vom Geschäft und nicht nur etwas von Politik verstehen. Ob die Chefetage damit entpolitisiert wird und die Ränkespiele der Parteien aufhören, muss hingegen bezweifelt werden. Auch die Regierung wird nicht darum herum kommen, gelegentlich «politische» Wahlen vorzunehmen. Um beispielsweise Parteien ruhig zu stellen, die brave Parteisolddaten oder abgesagte Regierungskandidaten im Bankrat bei gutem Gehalt «endlagern» möchten.

Mit der Verkleinerung des Bankrates von bisher elf auf sieben Mitglieder und der damit verbundenen Neustrukturierung der strategischen Führungsebene hat der Grosse Rat ein weiteres Zeichen gesetzt. Das Parlament bezweckt damit, dass sich die Bank künftig besser auf ein verändertes Umfeld einstellen kann. Gerade bei der Bewältigung der Krise auf dem internationalen Finanzmarkt sind kurze Entscheidungswege und flexible Lösungen gefragt. Mit einem elfköpfigen Bankrat, der zu allem Überfluss auch noch einen Ausschuss mit sich schleppen muss, dürfte dies ein eher schwieriges Unterfangen sein. So gesehen hat das Parlament die Zeichen der Zeit erkannt und die GKB mit einem kleineren Bankrat gut für die Zukunft aufgestellt.

ANZEIGE



Hansjörg Hassler, Nationalrat BDP

«Die AHV ist das Herzstück unserer Sozialwerke. Nehmen wir sie nicht unnötig aus.»

Am 30. November zur Initiative **NEIN** AHV-Alter senken www.gesunde-ahv.ch